
Fällt Orbán?

Ungarn wählt ein neues Parlament – und Ministerpräsident Viktor Orbán könnte die Mehrheit verlieren. Seine Gegner allerdings bilden eine äusserst seltsame Zweckgemeinschaft. Angeführt von einem waschechten Populisten.

Eine Analyse von György Dalos (Text) und Peter Puklus (Bilder), 28.03.2022



Das Haus steht in Flammen: Die Bilder in diesem Beitrag sind konzeptuelle Arbeiten des ungarischen Fotografen Peter Puklus.

Wenn am kommenden Sonntag in Ungarn das neue Parlament gewählt wird, steht für Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei viel auf dem Spiel. Der Verlust der Zweidrittelmehrheit und einiger bisher als Orbán-Terrain geltender Städte und Gemeinden in der Provinz scheint quasi sicher. Womöglich droht dem Fidesz sogar eine Niederlage: Nach zwölf aussichtslosen Jahren hat sich die Opposition in einem 6-Parteien-Bündnis von rechts bis links hinter dem gemeinsamen Kandidaten Péter Márki-Zay vereint – und sie hat eine realistische Chance auf Erfolg.

Die wichtigsten Meinungsforscher sagten in den vergangenen Monaten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Regierungslager und der vereinten Opposition voraus. Mal ermittelten die Umfragen ein Patt, mal einen minimalen Vorsprung für Orbáns Fidesz. Das Forschungsinstitut Median prophezeite Anfang des Jahres gar einen knappen Sieg der Opposition, nach Beginn des Krieges in der Ukraine schlug das Pendel allerdings wieder zugunsten von Orbán aus. Man kann die Niederlage der regierenden Partei also keinesfalls «in den Briefumschlag stecken» (wie es im Budapester Slang heisst). Dennoch sind die Aussichten auf einen Regierungswechsel so gut, wie das noch vor kurzem kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Parteien in Ungarn sind heutzutage keine straffen Einrichtungen mit fester Mitgliedschaft, regelmässigen Kongressen und Grundorganisationen. Vielmehr handelt es sich um einen engen Kreis von Funktionären mit einem zentralen und einem lokalen Apparat: ein Generalstab, der ab und zu das Fussvolk mobilisiert und über die ihm zur Verfügung stehenden Medien Einfluss ausübt. Für Orbáns Fidesz-Partei sind dies das staatliche Fernsehen, der Rundfunk, zwei landesweite Zeitungen und die gesamte Provinzpresse. In diesen Medien haben oppositionelle Inhalte so gut wie keinen Platz.

Zwischen zwei Wahlkampagnen werden erbitterte Kämpfe im virtuellen Raum ausgefochten, kleine Bürgerkriege, für die aktuelle innenpolitische Skandale die Munition liefern. Das Parlament war zuletzt eher ein Nebenschauplatz, da es angesichts der momentanen Mehrheitsverhältnisse nichts gab, was wirklich dort entschieden worden wäre. Die Wahlkampagne sieht formal westeuropäisch aus, aber eine sachliche Diskussion zwischen den Kandidatinnen findet nicht statt.

Die gehässige Konfrontation beschränkt sich keineswegs auf die konkreten Themen des ungarischen Lebens, sondern betrifft auch Ereignisse auf fernem Kontinenten, zu denen jeder entsprechend seinem politischen Standort Stellung nimmt.

Die Liberalen sind zum Beispiel gegen Trump und pro Biden, während die Konservativen ebenso leidenschaftlich das Gegenteil vertreten. Reizworte wie Russland oder China sind bei den Liberalen negativ besetzt, bei den Konservativen positiv, und diese Wahrnehmung wird fast automatisch auf das russische Vakzin Sputnik oder jenes des chinesischen Herstellers Sinopharm übertragen. Alexei Nawalny ist in den Augen der «Linken» ein Held der Demokratie, für die «Rechten» hingegen ein Agent des Westens. Selbst ein neues Buch oder ein aktueller Film können den Anlass zu einer Schlammschlacht bilden – von einem Krieg als Streitthema gar nicht zu reden.

Doch was heisst in dieser gespannten Atmosphäre überhaupt «links» oder «rechts»?

Die ursprüngliche Bedeutung dieser Begriffe ist in Ungarn längst durch das Schema von Freund und Feind ersetzt worden.

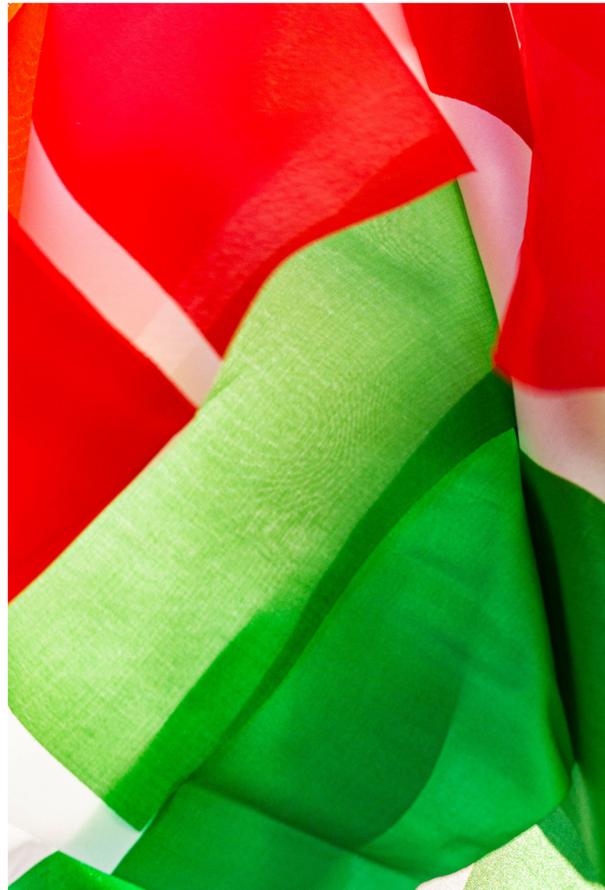
Zum Autor und zum Fotografen

György Dalos, 1943 in Budapest geboren, ist Schriftsteller und Historiker. Für sein literarisches Werk ebenso wie für seine zahlreichen Sachbücher zu Osteuropa hat er etliche Auszeichnungen erhalten, etwa den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung und den Adelbert-von-Chamisso-Preis. Er lebt in Berlin. Soeben erschien von ihm das Buch «Das System Orbán. Die autoritäre Verwandlung Ungarns» im Verlag C. H. Beck. Die Bilder zu diesem Beitrag stammen von Peter Puklus. Er ist Fotograf und Künstler und lebt in Budapest. In seinen konzeptuellen Arbeiten kombiniert er Kunst und Fotografie so, dass sie eine gemeinsame Aussage bilden.

Vor allem in einer Hinsicht unterscheidet sich Fidesz von allen anderen Parteien der Nachwendezeit: Es ist eine homogene Organisation mit Führerprinzip. Interne Diskussionen, soweit sie überhaupt stattfinden, sickern kaum an die Öffentlichkeit durch. Potenzielle Gegenspieler werden taktvoll aus der Parteimitte entfernt – als Verbannungsort gilt bestenfalls Brüssel, schlechterenfalls die von Budapest am weitesten entfernte Provinzhauptstadt Debrecen.



Proteste von Studierenden in Budapest, März 2022.



Die ungarische Flagge.

Zu den Stärken des «Bürgerbundes», so die Selbstbezeichnung von Fidesz, gehört die Verweigerung des Gesprächs mit anderen Parteien – nicht einmal eine Tasse Kaffee trinkt man mit deren Vertreterinnen. Wichtig ist zudem die unbestreitbare Autorität des Chefs, wie sie auch im Statut festgehalten ist: Personelle Entscheidungen, Ernennungen und Ablösungen auf zentraler Ebene werden ausschliesslich vom Vorsitzenden, das heisst von Viktor Orbán, angestossen. Informell entsteht um ihn die Aura der staats-

männischen Grösse, die er mit seinem zweifellos souveränen und medien-gerechten Auftritt zu unterstreichen scheint. Derbe Beschimpfungen aus der Opposition muss er hinnehmen, Widerspruch aus den eigenen Reihen aber nicht fürchten – niemand in der Partei wagt es, ihn zu kritisieren.

Im Vergleich zu dem Monolith, der sich als Ungarns politische «Rechte» definiert, zeigte die «Linke» in den vergangenen Jahren ein Bild der schwer überwindbaren Uneinigkeit. Parallel zu den Konflikten mit rechten Parteien oder Medien, die ohnehin zum Alltag der ungarischen Politik gehören, tragen oppositionelle Politikerinnen untereinander lange Rechtsstreitigkeiten wegen «Verleumdung» oder «Ehrverletzung» aus – zum grossen Frohlocken der Regierungsseite. In einigen Fällen kam es sogar zu Tätlichkeiten zwischen Mitgliedern derselben Partei. So etwa nach den verlorenen Wahlen 2018, als ein Stadtrat der Ökopartei LMP im heftigen Streit seinen Kollegen vom Stuhl stiess. Oder im Februar dieses Jahres, als ein Funktionär der Demokratischen Koalition den anderen schlug und bespuckte.

Die Rivalitäten haben auch mit der jüngeren Parteiengeschichte im linken Lager zu tun. Die Demokratische Koalition des früheren Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány etwa ist durch Abspaltung von den Sozialisten (MSZP) entstanden. Die Partei «Dialog für Ungarn» wiederum wurde von Dissidenten der Öko-Partei LMP gegründet.

Die Opposition eint purer Erfolgsdruck

Wie also kam es, dass die zerstrittene linke Opposition sich doch zu einem gemeinsamen Kandidaten durchringen konnte – und dafür sogar gemeinsame Sache mit den Orbán-Gegnerinnen von der Rechtsausenpartei Jobbik macht?

Die rechtsradikale Jobbik, ursprünglich eine Jugendbewegung am Rand der Fidesz, erreichte bei den Wahlen 2006 lediglich 2,2 Prozent der Wählerstimmen. Ihr Aufschwung kam mit Beginn der Weltwirtschaftskrise nach 2007. Bei den Parlamentswahlen 2010 erreichte sie bereits 14 Prozent, 2018 19 Prozent der Wählerstimmen, doch fiel der Höhepunkt dieser Erfolgsserie bereits in die Phase stabiler Machtverhältnisse. Als erfolgreiche Volkspartei wollte Jobbik keine Nazisekte bleiben und rückte daher zuletzt spektakulär in die politische Mitte. Die schwache linke und linksliberale Opposition musste dennoch viele Hemmungen abbauen, um naserümpfend den potenziellen Koalitionspartner zu akzeptieren.

Der wichtigste Faktor dafür: Erfolgsdruck.

Kurz vor den Kommunalwahlen 2019 kam der sogenannte «Zusammenschluss» erstmals zustande – und führte zu einem Triumph. Gergely Karácsony, Mitglied bei «Dialog für Ungarn» und vormalig Bürgermeister eines Budapester Stadtbezirks, wurde mit knappen 50,86 Prozent der Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Damit hat die «Linke» die zehnjährige Fidesz-Herrschaft über die Hauptstadt gebrochen. Nun hat ebendieser Karácsony auf seine Kandidatur bei den Parlamentswahlen verzichtet – und einem anderen die Rolle als Orbán-Herausforderer überlassen: Péter Márki-Zay.



Kämpfende Hunde – alles nur Spielerei?

Wie Karácsony ist auch der frühere Lokalpolitiker Márki-Zay ein Beispiel dafür, welch grosse Rolle das Charisma und die Persönlichkeit in der ungarischen Öffentlichkeit spielen.

Der studierte Ökonom, Marketingmanager und Elektroingenieur – adeliger Herkunft, gläubig-katholisch und Vater von sieben Kindern – kehrte nach einem fünfjährigen Aufenthalt in den USA 2009 nach Ungarn zurück. In seiner Geburtsstadt Hódmezővásárhely, ursprünglich eine Domäne des Fidesz, begann er seine politische Laufbahn erst anno 2018, und zwar gleich mit einem Durchbruch: Als unabhängiger Kandidat besiegte Márki-Zay bei den Bürgermeisterwahlen mit 57 Prozent der Stimmen seinen Gegner aus der Regierungspartei. Dabei definierte er sich als rechtskonservativ, ohne allerdings auf die Unterstützung von Liberalen, Sozialisten und Rechtsradikalen (Jobbik) vor Ort verzichten zu wollen – einigend wirkte die Ablehnung des bisher dominanten Fidesz.

Dieser Sieg öffnete den Weg für Márki-Zay in die grosse Politik. Der vorläufige Höhepunkt seines Triumphzugs erfolgte im Oktober 2021. Die vereinigte Opposition kürte ihn damals bei einer Probewahl – wieder mit knapp 57 Prozent der Stimmen – zu ihrem Kandidaten für den Posten des zukünftigen Regierungschefs. Dies hiess auch, dass man ihm zutraute, in einem TV-Duell vor dem Wahltag Viktor Orbán die Stirn zu bieten. Bis 2006 war ein solches Aufeinandertreffen der Spitzenkandidatinnen fester Bestandteil des ungarischen Wahlkampfes gewesen – der in den vergangenen Jahren allerdings ausblieb. So wird es nun auch dieses Mal sein. Denn inzwischen hat Orbán öffentlich erklärt, dass er auch in diesem Wahlkampf nicht zu einem Fernsehduell bereit sei.

Dennoch: Seit den Erfolgen von Márki-Zay rätseln nicht nur Politologen und Journalistinnen über das Geheimnis des notorisch mehrheitsfähigen Neulings; Márki-Zay bereitet längst auch Orbáns Fidesz-Partei Kopfschmerzen. Dabei wirkt der Oppositionskandidat nicht einmal unbedingt sympathisch – weder der lockere Charme eines Gergely Karácsony («Dialog für Ungarn») noch die dynamische und mitreissende Redeweise von Klára Dobrev (Demokratische Koalition) sind ihm eigen.



Ungarn auf der Brust.



Tulpen im Kinderwagen einer geflüchteten ukrainischen Familie.



Das blaue Band als Symbol der ungarischen Opposition.



Flüchtlinge aus der Ukraine am Keleti-Bahnhof in Budapest.

Merkwürdigerweise zieht Márki-Zay viele Leute durch eine gewisse Inkonsistenz an. Mal bedient er antimigrantische Ressentiments, mal plädiert er für Barmherzigkeit gegenüber Geflüchteten. Einerseits steht er auf dem Boden des christlichen Familienverständnisses, andererseits votiert er in Fragen der Abtreibung und der gleichgeschlechtlichen Ehe für das Recht auf souveräne persönliche Entscheidungen.

Alles in allem ist Márki-Zay ein Populist reinsten Wassers. Und er verkörpert wie niemand sonst den politischen Eklektizismus des Anti-Orbán-Lagers.

In den politischen Hauptfragen – Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und Normalisierung der Beziehungen Ungarns mit der EU – liegt er auf Linie der linken Opposition. Mit Äusserungen jenseits der Political Correctness oder des guten Geschmacks (etwa «eine Ohrfeige kann bei der Erziehung des Kindes nicht schaden» oder «auch bei Fidesz gibt es viele Schwule») sorgt er hingegen regelmässig für kleinere oder grössere Skandale. Was ihn wiederum an die frühe Jobbik-Partei annähert, ohne dass er deren wüsten Antisemitismus und Roma-Feindlichkeit nachahmen würde.

Das Anti-Orbán-Lager ist also eine einmalige, nicht sehr stabile Konstellation aus sechs kleineren und grösseren Parteien mit einem kapriziösen Einzelgänger als Spitzenkandidat.

Das alles wäre als Ausgangslage bereits kompliziert genug. Doch seit Putins Angriff auf die Ukraine steht auch die Ungarn-Wahl unter neuen Vorzeichen.

Wie wird sich diese Zäsur in der europäischen Geschichte auf die Wahlen auswirken?

Der Einfluss des Krieges im Nachbarland

Auf den ersten Blick scheint die Annahme plausibel, angesichts der angstvollen Atmosphäre würden die Wähler das Weiterregieren der Einheitspartei Fidesz gegenüber dem wackeligen Konstrukt einer 6-Parteien-Koalition bevorzugen. Hierauf baut auch Orbán, wenn er öffentlich das Anliegen verkündet, Ungarn möge aus dem Konflikt «ausgenommen bleiben» – eine Äusserung, die von der Opposition heftig kritisiert oder gar als Verrat an den westlichen Verbündeten abgelehnt wird.

Konkret beschränkt sich Orbáns Zurückhaltung auf zwei Punkte: Seine Regierung weigert sich, Waffenlieferungen an Kiew über Ungarns Gebiet zuzulassen. Und sie lehnt es ab, die EU-Sanktionen gegenüber Russland auf den Energiesektor auszuweiten. Letzteres ist besonders brisant, denn es beinhaltet die unveränderte Weiterführung des russisch-ungarischen Bauprojekts Paks II – ein ohnehin schon umstrittenes Atomkraftwerk an der Donau.

Doch auch wenn die speziellen Interessen des Landes Rücksichtnahme verdienen: Die Vorstellung, man könne vom Krieg «ausgenommen bleiben», ist vollkommen unrealistisch.



Ukrainische Flüchtlinge am Ticketschalter im Keleti-Bahnhof.

Ungarn besitzt eine 136 Kilometer lange Grenze zur Ukraine, und in der Oblast Transkarpatien leben rund 150'000 ethnische Ungarinnen, viele in Mischehen mit Ukrainern. Bisher sind über die sechs Grenzübergänge an die 200'000 Geflüchtete – Ungarinnen, Ukrainer und in der Ukraine ansässige Bürgerinnen von Drittstaaten – in Ungarn eingetroffen. Selbst wenn die Mehrheit von ihnen Ungarn lediglich als Zwischenstation betrachtet, erwachsen aus ihrer Aufnahme und dem Aufbau der Logistik unvorhergesehene Kosten für den Staatshaushalt. Ohne die aufopferungsvolle Hilfe von zivilen Organisationen, Privatpersonen und EU-Unterstützung wäre diese Aufgabe schwerlich zu meistern.

Die neue Hilfsbereitschaft bedeutet eine krasse Wende in der ungarischen Flüchtlingspolitik, die allerdings deutliche Ambivalenzen aufweist – nur schon weil ins Auge sticht, wie sehr hier mit zweierlei Mass gemessen wird. Hatte sich die Hetze der rechten Medien in den letzten Jahren vor allem gegen Syrer, Afghaninnen und andere Asylsuchende von ausserhalb Europas gerichtet, ist die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchte-

ten nun ungleich grösser. Allerdings kann auch die Fluchtbewegung aus der Ukraine mit der Zeit die Toleranz der Öffentlichkeit auf eine Probe stellen.

Zudem wirft der Krieg aussenpolitisch heikle Fragen auf: Ungarns Verhältnis zu den beiden Kontrahenten ist alles andere als ausgewogen – nicht nur wegen Orbáns Putin-Nähe.

Zwar schloss Ungarn mit der unabhängigen Republik Ukraine 1995 einen Freundschaftsvertrag ab, der unter anderem visafreie Reisen garantierte. Allerdings kühlten in der Folge die Beziehungen merklich ab – auch wegen einer von Kiew praktizierten restriktiven Sprachpolitik gegenüber der ungarischen Minorität im Land. Gleichzeitig blühten in der Ära Orbán die Beziehungen zu Putins Russland auf, was sich einerseits aus mentalen Gemeinsamkeiten – dem autoritären Gehabe der beiden Staatsmänner –, andererseits aus dem illiberalen Charakter ihrer Staatsauffassung erklärt.

Orbáns Nähe zu Putin, wie sie sich zuletzt auch bei seinem zur «Friedensmission» hochstilisierten Moskaubesuch Ende Januar zeigte, ist keine blosser Koketterie, sondern fester Bestandteil von Orbáns Sonderweg zwischen Ost und West.

Wiederholte Lippenbekenntnisse zu den europäischen Grundwerten und die Unterzeichnung gemeinsamer Erklärungen gegen die russische Invasion ändern nichts am Eindruck, dass Ungarn in der Ära Orbán zunehmend in die Rolle des «korrespondierenden EU-Mitglieds» abdriftet. Trotz grundsätzlicher Identifikation mit der EU und obwohl man die Vorteile einer Mitgliedschaft gerne genießt, hat Ungarn unter Orbán immer wieder versucht, gemeinsame europäische Entscheidungen zu unterlaufen oder gar zu sabotieren.



Neu installierte Überwachungsanlage an einem Sportzentrum in Budapest, das temporär als Heim für Flüchtlinge genutzt wird.



Gepeinigter Mensch, eine Skulptur.

Während die Horrorbilder des Krieges die Öffentlichkeit von Tag zu Tag erschüttern und bereits klar ist, dass der Konflikt bald auch in Ungarn verheerende wirtschaftliche Folgen haben wird, predigt der Regierungschef eine «strategische Ruhe» – was auch immer dieser nebulöse Begriff bedeuten soll. Womöglich aber verbirgt sich dahinter lediglich die Unruhe der Fidesz-Eliten mit Blick auf die eigene Wählerschaft.

Wenn nämlich im Lichte der sich überstürzenden Ereignisse die Stabilität des Systems Orbán als trügerisch erscheint, kann selbst ein minimaler Umschwung der Wählerstimmung das Kopf-an-Kopf-Rennen zugunsten der Opposition entscheiden.